

Ö F F E N T L I C H E N I E D E R S C H R I F T

über die 3. Sitzung des Bezirksausschusses II - Siegen-Weidenau -

vom: **04.11.2021**

von: **17:00 Uhr**

bis: **17:50 Uhr**

Ort: **Bismarckhalle, Bismarckstraße 47,
57076 Siegen, Kleiner Saal**

Anwesend waren:

Vom Bezirksausschuss II - Siegen-Weidenau:

Stv Lorenz, Reiner	- als Vorsitzender
AM Boellinger, Klaus	vertritt Schneider, Walter
Stv Englert, Franz	
AM Helm, Claudia	
AM Krombach, Ulrich	
AM Neumann, Daniel	
AM Özcan, Kürsat	
AM Schloos, Ulrich	
AM Semper, Manfred	
AM Singh, Janina Mala	
Stv Steffe, Roland	
AM Vitt, Erwin	vertritt Helm, Martin
AM Weber, Frank	
AM Weißelberg, Andreas	
AM Weißelberg, David Ernst	vertritt Born, Dieter

Beratende Mitglieder:

AM Dietrich, Erik
AM Katz, Heike

Von der Verwaltung:

VA Hinkel
VA Mockenhaupt

- als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

AM Born, Dieter	vertreten durch AM Weißelberg, David Ernst
Stv Helm, Martin	vertreten durch AM Vitt, Erwin
AM Münch, Dr. Jochen	
IntRM Neumann, Natalia	
AM Schneider, Walter	vertreten durch AM Boellinger, Klaus

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 22.06.2021**

Es werden keine Hinweise zur Niederschrift gegeben.

3. BezA II 04.11.2021

2. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

3. BezA II 04.11.2021

3. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

3. BezA II 04.11.2021

**3.1 Finanzielle Unterstützung für das Mahnmal Bruno Kappi
- Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, UWG, FDP, Die Linke,
Volt**

Vorlage Nr. AT 151/2021

Beschluss:

Der Bezirksausschuss II Siegen- Weidenau des Rates der Universitätsstadt Siegen beschließt, die Errichtung eines Mahnmals für den Siegener Bürger Bruno Kappi mit 5.000,00 € aus Mitteln des Bezirksausschusses II Siegen- Weidenau zu unterstützen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltung

Enthaltung: SPD/ Herr Semper

3. BezA II 04.11.2021

4. Abbiegesituation Kreuzung "Breite Straße/Bahnhof Weidenau"

Herr Lorenz geht auf die Ausgangssituation ein und fasst zunächst die Historie der Beratungen aus der Vergangenheit zusammen und erinnert an den Beschluss aus dem Jahr 2018.

Zunächst stellt Herr Hinkel fest, dass nach wie vor der Beschluss der Unfallkommission bestehe, einen Kreisel einzurichten. Alle derzeit durchgeführten Maßnahmen seien solche, die in Absprache mit der Polizei stattgefunden hätten, um das Unfallgeschehen dort zu beobachten. Veränderungen bedürften eines Aufhebens des Beschlusses der Unfallkommission. Im letzten Jahr sollte dies in der Kommission thematisiert werden, bedingt durch die Coronapandemie sei die Sitzung der Unfallkommission jedoch abgesagt worden. Eine Sitzung der Unfallkommission sei für dieses Jahr noch vorgesehen. Den Prüfauftrag aus 2018 habe die Verwaltung abgearbeitet.

Sodann stellt er die Planung vor, die – vorbehaltlich der Zustimmung des Bezirksausschusses - der Unfallkommission zur Beratung vorgelegt werden soll. Vorab würden noch die neuesten Unfallzahlen abgefragt. Die Verwaltung hoffe, durch diese Planung den ursprünglichen Beschluss der Unfallkommission aufheben lassen zu können. Er geht auf die seinerzeit angesprochene Frage nach einer Querungshilfe ein, eine Reduzierung auf die 30 km/h lasse sich voraussichtlich nicht vermeiden, da die Sichtbeziehungen für eine Geschwindigkeit von 50 km/h nicht ausreichen würden.

An der sich ergebenden Aussprache beteiligen sich die Herren Semper, Englert, Dietrich, Steffe, Özcan, Krombach, A. Weißelberg, Vitt, Weber, Schloos sowie Frau Katz.

Detailfragen werden durch Herrn Hinkel beantwortet.

Im Rahmen der Aussprache wird thematisiert:

- Vom Grundsatz gefällt der Vorschlag, so dass man hofft, dass die Unfallkommission von neuen Fakten ausgeht und ihren Beschluss aufhebt.
- Das Fehlen eines Radweges wird angesprochen. Die Situation sei für die Radfahrer unbefriedigend. Auch würden sich Radfahrer nicht daran halten, dass das Linksabbiegen untersagt sei. Hier sei Abhilfe zu schaffen.
Seitens des ADFC sei die immense Bedeutung eines Fahrradstreifens herausgestellt worden, da der Radfahrer auch an der Weidenauer Straße nach links abbiege und die Weidenauer Straße verfüge über vier Fahrstreifen.
- Seit 1,5 Jahren gebe es dort keine Unfälle mehr, die derzeit bestehende Einbahnstraßenregelung werde nicht kontrolliert.
- Die Ausschussmitglieder diskutieren den Standort des vorgesehenen Fußgängerüberweges. Die wenigsten Fußgänger nutzten den Innenbereich des Fußweges auf der Brücke, sondern gingen außen herum. Der Fußgängerüberweg werde dadurch nicht genutzt. Eigentlich müsste dieser quer zur Straße angelegt werden. Die Personenanzahl, die den vorgeschlagenen FGÜ nutzen sollte, wird nicht gesehen. Es wird angeregt, den Fußgängerüberweg um 90 Grad zu drehen.

Standorte für einen FGÜ näher zur Weidenauer Straße bzw. Richtung „Renault Wahl“ hin, um die Breite Straße zu queren, werden vorgeschlagen, da hier ein größerer Bedarf an Querungen gesehen wird.

- Zum Grünstreifen gebe es einen eindeutigen Beschluss des Bezirksausschusses, von dem man nicht wieder abkommen sollte.
- Derzeit bestehe eine Unfallgefahr, wenn man mit einem Bus von der Brücke kommend nach rechts in die Straße Am Bahnhof hineinfahre, da man aufgrund des Radstandes in den Gegenverkehr hineinkomme. Dies habe schon zu Rückwärtsfahrten von Fahrzeugen geführt, da ansonsten der Bus nicht in die Straße habe einfahren können.
- Es wird auch vorgeschlagen, den Bereich des Grünstreifens wieder zu öffnen, da dadurch seinerzeit keine Gefahr ausgegangen sei. Die Gefahr sei von Fahrzeugen ausgegangen, die aus der Straße Am Bahnhof gekommen seien und keine ausreichende Sicht nach links auf den Brückenbereich gehabt hätten. Das Anlegen einer Erhöhung vor dem Fußgängerüberweg reduziere zum einen die Geschwindigkeit beim Herausfahren, zum anderen könnten die Busse, die aufgrund der Änderung von Umlenkzeiten knappe Zeiten hätten, ungehindert Richtung Bahnhof fahren. Für die Radfahrer, die von der Brücke kommend nach rechts am Finanzamt vorbeifahren wollten, sei dies ebenfalls vorteilhaft. So müsse man sich nur auf die Abbieger konzentrieren, wobei das Abbiegen nach links aus unterschiedlichen Gründen gefahrenträchtig bleibe.
- Seit Einrichtung der Einbuchtung hätten sich keine nennenswerten Unfälle mehr ergeben. Vor dem Hintergrund verstehe man die jetzige Diskussion im Ausschuss nicht. Die Grünfläche sollte verbleiben, die Einbahnstraßenregelung habe jedoch die Situation erschwert.
- Die Geschwindigkeit auf 30 km/h zu reduzieren und den Standort des Fußgängerüberweges noch etwas zu verändern, wird als eine gute Lösung angesehen.
- Der Fußgängerüberweg wird als sinnvoll und wichtig angesehen, auch weil er die Geschwindigkeit herausnimmt. Durch den vorgesehenen FGÜ erhöhe sich die Sicherheit, auch wenn die Fußgängerbeziehungen nicht optimal seien.
- Das Drehen des Fußgängerüberweges bringe eine optische Sperre.

Herr Hinkel geht auf die Anregungen und Hinweise ein. Es sei der 1. Entwurf, aus diesem Grund sei der Radverkehr im Plan nicht dargestellt, stehe dennoch im Fokus. Es gebe keine Straßenplanung mehr, die den Radfahrer nicht berücksichtige, so dass dies auch hier zukünftig der Fall sei. Bei einem Wiedereinrichten des Abbiegestreifens vor der Einmündung und die Möglichkeit ungehindert nach rechts einfahren zu können, befürchtet er wieder eine Geschwindigkeitserhöhung aus Richtung Brücke in die Straße Am Bahnhof. Für alle Ein- und Ausfahrtsituationen der Gelenkbusse seien die Schleppkurven des Busses überprüft und bei der Planung berücksichtigt worden. Im weiteren Planungsablauf erfolgten noch weitere Untersuchungen. Im ursprünglichen Beschluss sei ein Fußgängerüberweg im Einmündungsbereich Breite Straße/ Am Bahnhof gewünscht gewesen. Eine Standortveränderung des FGÜ über die Breite Straße sei aufgrund der drei Fahrstreifen nicht möglich. In diesem Falle müsste der Abbiegestreifen aufgegeben und eine Mittelinsel errichtet werden. Je näher man aber an die Weidenauer Straße rücke, sei ein Fußgängerüberweg nicht mehr möglich, da die Kombination von FGÜ und LSA auf einem solch kurzen Straßenstück nicht zulässig sei. Ob die Sichtweiten für einen FGÜ auf der Brücke gegeben seien, müsste geprüft werden. Ein Fußgängerüberweg verringere die Geschwindigkeit und bringe Komfort für den Fußgänger.

Herr Lorenz bedankt sich für das Aufgreifen der Anregungen aus 2018, spricht sich positiv für das Entsiegeln der Grünfläche sowie das Anlegen eines Fußgängerüberweges aus und fasst die Diskussion noch einmal zusammen.

Herr Hinkel stellt als Fazit der Beratung fest, dass die Planung positiv gesehen wird und diese der Unfallkommission vorgelegt werden soll, um zu erreichen, den bestehenden Beschluss aufzuheben. Die Frage, ob auf der Brücke die Möglichkeit eines FGÜ bestehe, nimmt er als Auftrag mit.

Beschluss

Der Bezirksausschuss II Siegen- Weidenau des Rates der Universitätsstadt Siegen nimmt die vorgestellte Planung der Kreuzung „Breite Straße/ Bahnhof Weidenau“ als 1. Entwurf zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, nach Weiterentwicklung der Planung diese im Bezirksausschuss erneut vorzustellen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

3. BezA II 04.11.2021

5. Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

3. BezA II 04.11.2021

gez. Lorenz
Vorsitzender

gez. Mockenhaupt
Schriftführerin